

Rasante EU-Militarisierung

Lühr Henken*

Co-Sprecher Bundesausschuss Friedensratschlag

Seit der Brexit-Entscheidung im Juni 2016 wird die EU-Militarisierung von interessierter Seite rasant beschleunigt. Ministerin Ursula von der Leyen machte frühzeitig deutlich, dass die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nun vorankommen müsse, denn Großbritannien habe diese gelähmt. Mit ihrem französischen Kollegen legte sie einen EU-Plan vor, in dem beide betonen, „dass eine stärkere und leistungsfähigere Europäische Verteidigung gleichzeitig eine Stärkung der NATO darstellt“.¹ Ausdrücklich steht im Papier: „Um es klar zu sagen: Eine ‚EU-Armee‘ ist nicht unser Ziel.“ (Spiegel online.de, 12.10.16) Es fragt sich natürlich, wie lange das gilt. Denn es gibt prominente Stimmen, die den Militarisierungsweg als Vorstufe zu einer EU-Armee begreifen. Hier eine Auswahl: So Vizekanzler Sigmar Gabriel Anfang Juli 2016 („Ziel müsste eine gemeinsame europäische Armee sein.“ www.NOZ.de, 2.7.16). Und kein geringerer als EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker mahnte Mitte November: „Wir (brauchen) einen neuen Anlauf in Sachen europäischer Verteidigungsunion bis hin zu dem Ziel der Einrichtung einer europäischen Armee.“ (FAZ 11.11.16) Volker Kauder, CDU/CSU-Fraktionschef, forderte drei Tage danach: „Jetzt sollten die Weichen für eine europäische Armee gestellt werden.“ (FAZ 14.11.16) Und im Zukunftsplan des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz heißt es: „Wir werden den Weg zu einer europäischen Armee beschreiten.“²

Am 10.2.17 überraschte die FAZ mit der programmatisch zu verstehenden Aussage: „Die Bundeswehr entwickelt sich zur führenden NATO-Armee in Europa“. Man fragt sich: Wie kommen die darauf? Je eine tschechische und eine rumänische Brigade ordnen sich deutschen Divisionskommandos zu, üben gemeinsam, um die Kampfkraft zu steigern. Mit den Niederländern ist das ohnehin schon der Fall, denn zwei Drittel der holländischen Heeresver-

bände sind den deutschen Kommandostrukturen unterstellt. Am 12.2.17 wurde bekannt, dass Deutschland und Frankreich gemeinsam eine Lufttransportstaffel aufstellen wollen. Tags darauf wurde die Absicht verkündet, eine Luftbetankungsflotte mit vier weiteren europäischen NATO-Ländern zu bilden. Im März 2017 wurde ein EU-Hauptquartier ins Leben gerufen, um den Armeeaufbau der fünf Länder der Sahel-Zone unter deutsch-französischer Führung in Angriff zu nehmen. Zuvor schon vereinbart war die Zusammenarbeit bei der Kampfdrohnenentwicklung in Europa und die superschnelle NATO-Eingreiftruppe mit deutscher Beteiligung. Der Leitartikler der FAZ wagt einen strategischen Blick in die Zukunft: „Das Geflecht dieser Zusammenarbeit der europäischen NATO-Partner unter maßgeblicher deutscher Führung kann auf diese Weise zum Wurzelwerk einer europäischen Armee werden.“ (FAZ 17.2.17)

Nach der Wahl Emmanuel Macrons zum Präsidenten Frankreichs erhält die EU-Militarisierung noch mehr Schub. Er sprach sich „für ein Vorangehen Deutschlands und Frankreichs in der europäischen Verteidigungszusammenarbeit“ (FAZ 20.5.17) aus. Das trifft bei Kanzlerin Angela Merkel mit Blick auf den US-Präsidenten Donald Trump auf volle Unterstützung: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei: das habe ich in den letzten Tagen erlebt.“ Und sie schlussfolgerte: „Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen.“ (FAZ 30.5.17) Beide Regierungen vereinbarten, gemeinsam neue Generationen von Kampfpanzern, Kampffjets und Artilleriesystemen zu entwickeln.

Kommissionspräsident Juncker legte am 7. Juni ein Strategiepapier, auch Reflexionspapier genannt, zur EU-Militarisierung³ vor, das bis 2025 angelegt ist. Unter der Überschrift „Europa kann ‚Militärische Macht‘ werden“ berichtet die FAZ, der Entwurf enthalte drei Optionen:

„Neben der Devise ‚Weiter so wie bisher‘ stellt es in einem zweiten Szenario eine EU

Zwischenruf

Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.

Otto von Bismarck

als ‚militärische Macht‘ zur Diskussion – ergänzend, nicht aber in Konkurrenz zur NATO. Die ehrgeizigste Option umfasst eigenständige militärische Operationen und gemeinsame Truppenverbände sowie eine weitgehende Kooperation bei der Beschaffung und Entwicklung von Verteidigungsgütern.“ (FAZ 7.6.17)

Im zweiten Szenario wird bereits von einer „strategischen Autonomie“ gesprochen, welche bereits – noch eingeschränkt - eigenständiges militärisches Handeln ermöglicht. Im dritten Szenario schließlich soll ab 2025 die Fähigkeit voll ausgebildet sein, Kampfeinsätze jeder Art eigenständig zu führen.

Es wird noch fataler. Ein Novum: Die EU legt sich eine „gemeinsame Kriegskasse“ (NZZ 10.6.17) zu - „Verteidigungsfonds“ genannt. Für Militärforschung soll dieser Fonds bis 2020 von 25 Millionen auf 500 Millionen Euro jährlich dauerhaft steigen.

REVOLUTION HAT ZUKUNFT!

1917–2017 ★ 100 Jahre
ROTER OKTOBER

Sa, 21.10.17

Babylon, Berlin

Konferenz

Konzert

Kulturprogramm

Veranstalter: **DKP RotFuchs SDAJ** ★

11.30 Uhr – Einlass, Infostände, Imbiss

13.00 Uhr – Konferenz

Die Oktoberrevolution –
Der Beginn einer neuen
Menschheitsgeschichte

Kulturbeiträge während der
Konferenz

Workshops der Sozialistischen
Deutschen Arbeiterjugend
(SDAJ)

16.30 Uhr – Podiumsdiskussion

Revolution, Staat, Machtfrage
und die deutsche Linke heute

19.30 Uhr – Konzert

1 Erneuerung der GSPV, Hin zu einer umfassenden und glaubwürdigen Verteidigung der EU, 6 Seiten, S. 5

2 <https://martinschulz.de/zukunftsplan/zu-mehr-frieden-in-der-welt-beitragen/>

3 https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-defence_de.pdf

Zusätzlich sehen die Kommissionsvorhaben für Entwicklungs- und Beschaffungsprojekte für die Jahre 2021 bis 2027 jährliche Ausgaben in Höhe von einer Milliarde Euro vor. Diese Mittel werden dann gewährt, wenn sich aus jeweils zwei Ländern Firmen zusammenfinden, die ein gemeinsames Rüstungsprojekt anstreben. Ziel ist es, die Vielfalt der Waffentypen in der EU zu mindern und die grenzübergreifende Rüstungsproduktion respektive Fusion von Rüstungsfirmen zu initiieren. Die EU trägt

jeweils 20 Prozent als Subventionsmittel zu den Projektkosten bei. Auf diese Weise erhofft sich die EU-Kommission jährliche - von der EU geförderte – Rüstungsprojekte in Höhe von fünf Mrd. Euro. Addiert man beide Ebenen der Förderung, also die Forschungsmittel und die Beschaffungsmittel, ergeben sich daraus maximal bis 2027 Ausgaben von 41 Milliarden Euro: 13 Milliarden kommen direkt aus dem EU-Haushalt, 28 Milliarden Euro aus den nationalen Haushalten. Die Quintessenz: Wir stehen

vor einem epochalen Einschnitt: Der Konsens, dass der EU-Haushalt frei von Militärausgaben bleiben soll, wird gesprengt.

Wie rasant die EU-Militarisierung voran geht, belegt der für Wettbewerb zuständige EU-Kommissar Jyrki Katainen: „Wir sind in den letzten sechs Monaten viel weiter gekommen als in den sechzig Jahren zuvor.“ (NZZ 10.6.17)

* Lühr Henken, Berlin, arbeitet mit in der Berliner Friedenskoordination

Die Spezialkommission – geheime Mordermittlung in der DDR?

Prof. Dr. sc. jur. Frank Rainer Schurich

Wie so oft wird in einer „Dokumentation“ ein sehr banales Geschichtsbild von den „Aufarbeitern“ und Filmemachern vermittelt und die kriminalistische Wirklichkeit ideologisch verwurstet

Am 31. Januar 2017 brachte der öffentlich-rechtliche Fernsehsender *arte* in den Abendstunden eine Dokumentation der Filmemacherin Gabi Schlag mit dem Titel „Die Spezialkommission. Geheime Mordermittlung in der DDR“, der für an DDR-Kriminalfällen Interessierte spannend und vielversprechend klang. Aber allein schon die breit gestreute mediale Ankündigung mit Sätzen wie „In der DDR gab es Verbrechen, die es nicht geben durfte“ oder „Die Kommission wurde zu einer jenseits der Rechtsstaatlichkeit agierenden geheimen Polizei“¹ ließ die Tendenz des Filmes unmissverständlich erkennen.

Dazu wanderte ein Bild durch die Gazetten, das man mit folgender Unterschrift versah: „Bei der Arbeit: Mitarbeiter der Spezialkommission der Staatssicherheit an einem Tatort. Es sieht ganz so aus, als würde die Szenerie extra für das Foto gestellt.“ Als Quelle wird „WTS-MIXEDMEDIA“ angegeben, die Firma der Filmemacherin.² Richtig ist, dass es sich bei dem abgedruckten und im Film gezeigten „gestellten“ Foto aber um Kriminalisten der Diensthabenden Gruppe der Kriminalpolizei des Präsidiums der Volkspolizei Berlin mit ihrem Einsatzfahrzeug B 1000 sowie einen Berliner Schutzpolizisten handelt. Die richtige Quelle wäre übrigens Film- und Bildstelle des Ministeriums des Innern der DDR gewesen, denn die Aufnahme wurde für einen Bildband über die Arbeit der Deutschen Volkspolizei gemacht, der dann auch erschien. Wenn man ebenso leichtfertig wie persönlichkeitsrechtverletzend mit einer Fotografie umgeht und damit Lügen in die Welt setzt, kann man sich vorstellen, wie es erst in der Dokumentation zugegangen ist.

Allein der Titel ist irreführend. Es gab nicht DIE Spezialkommission (SK), sondern für die Untersuchung unnatürlicher Todesfälle existierten



im Ministerium für Staatssicherheit die Hauptabteilung IX/7, Referat 1 (vormals Mord- und Brandkommission) sowie in allen Bezirksverwaltungen des MfS eine Spezialkommission der Linie IX. Die Aufstellung der SK in den Bezirken begann 1967 und war 1970 abgeschlossen.

Im Film wird der Zuschauer dann darüber aufgeklärt, dass die „Spezialkommission Verbrechen nicht nur aufklären, sondern vor der Bevölkerung geheim halten“ sollte. Korrekt ist, dass die Spezialkommissionen Verbrechen ausschließlich zu untersuchen und aufzuklären hatten. Die Leiter und Mitarbeiter der SK hatten nicht den Auftrag, die Bevölkerung zu unterhalten, und zudem keine Befugnis, medial über die zu untersuchenden Verbrechen berichten zu lassen. Die Entscheidung, wann und wo über einen Fall in der Presse zu berichten sei, lag in keinem Fall bei den Spezialkommissionen. Übrigens war die Verfahrensweise bei den Morduntersuchungskommissionen (MUK) der Kriminalpolizei analog (und ist heute noch so). Die Entscheidung über die angemessene Einbeziehung der Bevölkerung setzte ein entsprechendes Verantwortungsbewusstsein voraus. Unter Beachtung

der Geheimhaltung, vorrangig hinsichtlich des Täterwissens, kriminaltaktischer Erwägungen sowie möglicher Erfolgserwartungen war die Notwendigkeit sorgfältig zu prüfen und dann zu entscheiden. Zudem sollte innerhalb der Bevölkerung keine unbegründete Kriminalitätsangst hervorgerufen werden.

Im Film kommt auch die bessere und modernere Ausstattung der SK zur Sprache. Ja, die SK waren besser und moderner ausgestattet. Allerdings wurde nicht darüber berichtet, dass die Spezialkommissionen in vielen Fällen die MUK mit ihrer Technik unterstützten. Aber führten ein besseres Schallaufzeichnungsgerät oder eine Polaroid-Kamera zum Täter? Wohl kaum. Immer war letztlich der Mensch entscheidend an der Aufklärung der Verbrechen beteiligt. Und der Mensch war es auch, der die Zusammenarbeit zwischen den Spezialkommissionen und den Morduntersuchungskommissionen gestaltete und prägte. Dass es hier bezirkliche Unterschiede gab, liegt in der Natur der Menschen.

Und natürlich wurden auch andere Klischees im Film voll und ganz bedient. So durften die medial überstrapazierten Szenen zur konspirativen Wohnungsdurchsuchung aus dem allseits bekannten MfS-Lehrfilm nicht fehlen. Leider wurde in der Doku nicht darüber berichtet, dass eine solche konspirative Wohnungsdurchsuchung bei den Film-Fällen nicht stattfand. Die Wohnungsdurchsuchungen bei den beiden Serienmördern in der Dokumentation erfolgten im Rahmen eines eingeleiteten Ermittlungsverfahrens, als sich beide bereits in Untersuchungshaft befanden, und führten zum Auffinden wichtiger Beweismittel in Form von Aufzeichnungen, die beide Täter zu den Taten fertigten.

In der Dokumentation von Gabi Schlag erfährt der Zuschauer hinsichtlich der Leipziger

1 Berliner Zeitung vom 27.01.2017, S. 18.

2 Ebenda.

Krankenschwester und Serienmörderin, im Film Sybille D., genannt, dass der Chefarzt der Frauenklinik Prof. Springer hinsichtlich seiner Feststellungen den Leiter der Bezirksverwaltung des MfS Generalmajor Hummitzsch anruft und dieser dem Mediziner rät, Anzeige zu erstatten. Klar, der Arzt ruft mal einfach unkompliziert beim General des MfS an. Klingt komisch und ist es letztlich auch. In der Realität war der Auslöser für die Ermittlungen der Leipziger Spezialkommission an der Städtischen Frauenklinik die Mitteilung des Kreisarztes Leipzig an die Kreisdienststelle für Staatssicherheit Leipzig-Stadt. Der Kreisarzt informierte am 10. April 1986 die zuständige Kreisdienststelle über Unregelmäßigkeiten bei der Muttermilchversorgung Neugeborener und damit auftretender medizinischer Komplikationen. Leider bleibt unbekannt, wessen Hirn der Anruf des Chefarztes bei Generalmajor Hummitzsch entsprang. Hummitzsch selbst kann dazu keine Auskunft mehr geben.

Und natürlich darf auch der bekannteste DDR-Serienmörder Erwin Hagedorn aus Eberswalde nicht fehlen. Zum Fall Hagedorn heißt es in der Doku: „Schon einmal hatte die Spezialkommission Kindermorde falsch eingeordnet“ bzw. „tippte die Spezialkommission auf eine Beziehungstat“ oder der Täter wurde „mit Hilfe von Polizeipsychologen gefasst.“ Alles falsch. Richtig ist, dass die an der Untersuchung beteiligten Kriminalisten des MfS (HA IX/7 des MfS und Spezialkommission der Bezirksverwaltung Frankfurt an der Oder) bereits nach dem Doppelmord an Henry Specht und Mario Louis am 31. Mai 1969 davon ausging, dass es sich bei dem Täter um einen „Sexualpsychopathen mit sadistischer Prägung, also um einen in der Triebphase gestörten Mann, um einen Pädophilen handelt“. Wie es zu den oben genannten Aussagen in der Dokumentation gekommen ist, lässt sich leider nicht verifizieren. Korrekt dagegen ist, dass der Täter mit zielführender Unterstützung durch forensische Psychiater ermittelt werden konnte. Allerdings verzichtet der Film auch hier auf die Benennung der konkreten Umstände. So waren es die Angehörigen der HA IX/7 des MfS, Py. und Lü., die zuerst den international bekannten Gerichtspsychiater Prof. Schipkowensky in Sofia konsultierten und dann den Oberarzt an der Psychiatrischen Klinik der Charité Hans Szewczyk gutachterlich beauftragten – auf der Grundlage aller verwertbaren Ausgangsdaten des Falles. Grundlage für die Festnahme Erwin Hagedorns war dieses herausragende Täterprofil von Prof. Dr. Hans Szewczyk (1923-1994), der seit 1961 die Abteilung für Forensische Psychiatrie und Psychologie an der Charité der Humboldt-Universität zu Berlin leitete. Heute wird der Begriff des „Profilers“ mit dem FBI assoziiert, das diese Methode angeblich entwickelt haben soll. Es war aber Hans Szewczyk, der das erste wissenschaftlich begründete Täterprofil der Welt im Fall Hagedorn erarbeitete, was mittlerweile auch

in der Fachliteratur anerkannt ist. Darüber wird in der Dokumentation von Gabi Schlag nichts gesagt, es werden viele falsche Thesen aufgestellt, die sich in den Akten und in den Aussagen von Zeitzeugen überhaupt nicht finden lassen.¹

Im Fall des getöteten Hauptwachtmeisters der VP La. vom 21. September 1982 kommen zwei ehemalige Mitarbeiter der Berliner MUK zu Wort. Die beiden dargestellten Kriminalisten beklagen, dass die Spezialkommission die Befragung abrupt unterbrochen und den Verdächtigen mitgenommen habe. Das ist insofern korrekt, als dass die Spezialkommission der BV Berlin letztlich übernommen hat. Aber auch hier lohnt sich die konkrete Darstellung der Ereignisse. Richtig ist, dass der Verdächtige R. am 25. und 26. September 1982, also zwei Tage, von der Berliner MUK überprüft und vernommen worden ist. Es ist also nicht so, dass der Verdächtige bereits kurz nach seiner Zuführung durch die SK übernommen wurde, denn bereits am Tag der Zuführung informierte MUK-Leiter Wr. den SK-Leiter St. über den Sachverhalt. Die Übernahme durch die SK der BV Berlin erfolgte erst am 27. September 1982, nachdem sich R. bereits zwei Tage bei der Berliner MUK befand. Auch wurde die Übergabe des Verdächtigen an das MfS durch Oberstleutnant der K Be. mitgeteilt. Vernommen durch die MUK-Kriminalisten Lö. und Oe. machte R. in allgemeiner Form Aussagen darüber, den Schutzpolizisten durch Messerstiche getötet und dessen Dienstwaffe an sich genommen zu haben. Außerdem machte R. bei seiner Vernehmung durch die MUK Aussagen zu Spionen, zu denen er Kontakt gehabt haben will. Bei R. handelte es sich um eine „erheblich fehlentwickelte Person mit einer manifestierten abnormen Lügensucht“, was allerdings bei der Übernahme des Verfahrens durch das MfS noch nicht bekannt war. Vor seiner Übergabe an das MfS äußerte der Tatverdächtige gegenüber dem MUK-Leiter Wr. dass er die Tat nicht begangen habe und sein Geständnis den Zweck hatte, dem MfS übergeben zu werden. Letztlich musste der aus Görlitz stammende Tatverdächtige vom MfS entlassen werden, da die geführten Untersuchungen keinerlei Beweistatsachen für seine Täterschaft ergaben. Auch mit den kriminaltechnischen Untersuchungsergebnissen war der Tatbeweis nicht zu führen. Zur Wahrheit gehört auch, dass der Fall der Kriminalpolizei nicht entzogen war, wie im Film suggeriert. Er wurde in Zusammenarbeit Linie IX des MfS und Hauptabteilung Kriminalpolizei, Referat 3, unter OS� der K Gr. bearbeitet. Leider gilt der Fall bis heute als ungeklärt.

Nach den bisher geschilderten Inhalten des Filmes überrascht es nur noch wenig, dass man

aus dem Neubrandenburger Serienmörder, im Film Martin S. genannt, einen Leutnant der NVA machte.

Da musste man schon ein wenig dicker auftragen, und der korrekte Dienstgrad von S., Unterfeldwebel, erschien der Filmemacherin wohl zu klein, denn ein Offizier der Armee des Unrechtsstaates DDR als Serial Killer musste es mindestens sein. Noch besser wäre ein General gewesen, könnte man hinzufügen!

Natürlich hat das MfS auch in diesem Fall zusammen mit der Kriminalpolizei auf zentraler und territorialer Ebene ermittelt. Nachdem der Täter durch die Volkspolizei bei einer weiteren versuchten Tat am 8. Juli 1984 am Kieseer bei Schildow, Ortsteil Mönchmühle im Kreis Oranienburg, festgenommen worden war, erfolgte seine Übergabe an das MfS. Dies war insofern nicht ungewöhnlich, da die HA IX/6 explizit für die Untersuchung von schweren Straftaten durch NVA-Angehörige fachlich zuständig war. Dieser Fakt wurde dem unbedarften Zuschauer selbstverständlich nicht mitgeteilt.

Richtig ist, dass das Bezirksgericht Neubrandenburg im März 1984 einen Unschuldigen zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilte – für zwei Morde, die, wie sich später herausstellen sollte, von Martin S. begangen worden sind.

Völlig unerwähnt bleibt natürlich, dass der fälschlich Verurteilte nach einer Mordtat mit der Leiche in Berührung gekommen war, was durch Faserspuren bewiesen werden konnte. Außerdem hatte er ein Geständnis abgelegt, und auch die in einer Rekonstruktion gezeigte Stichführung an einer Puppe entsprach voll und ganz der durch Gerichtsmediziner ermittelten Stichführung beim Opfer.

Das Verschweigen dieser Fakten hat nur eine Zielstellung, nämlich den „Unrechtsstaat DDR“ aufs Podest zu heben.

Hier soll deshalb unbedingt auf das *Lexikon der Justizirrtümer* von Patrick Burow (2013) hingewiesen werden, in dem kein einziger Fall aus der DDR, aber viele erschreckende Unrechtsurteile aus dem „Rechtsstaat BRD“ aufgeführt sind.

Zusammenfassend lässt sich über den Film sagen: Durch die geschickte Auswahl von Fakten und deren Mischung mit nicht nachvollziehbaren Behauptungen sowie dem Weglassen von Tatsachen ist es dem normalen Zuschauer faktisch nicht möglich, Wahrheit und Dichtung zu unterscheiden. Und das ist ja wohl beabsichtigt worden.

So wird quasi ein wirres Bild nach dem Motto „gute rechtsstaatliche Morduntersuchungskommission“ und „böse unrechtsstaatliche Sonderkommission“ gezeichnet. Dabei ignoriert die Filmemacherin völlig, dass bestimmte Verbrechen ohne das Wirken der hervorragend ausgebildeten Kriminalisten des MfS nicht hätten aufgeklärt werden können, wofür es genügend Beispiele gibt. Und das hatte wenig mit der moderneren Technik zu tun.

1 Vgl. Stefan Orlob: War der deutsche forensische Psychiater Hans Szewczyk der erste moderne Profiler? Archiv für Kriminologie 207, 2001, S. 65-72



„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“

An diese Worte Bertolt Brechts aus dem Schlusswort des Epilogs „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“ erinnerte ich mich, als ich von den erneuten eklatanten rechtsextremistischen und neofaschistischen Verstößen in der Bundeswehr Kenntnis nahm. Sie sind weder Einzelscheinungen, noch Entgleisungen im betrunkenen Zustand, wie sie heute von der Politik und der Main Stream Presse versucht werden darzustellen, sondern systemrelevant und eminent. Sie gehören zum gesellschaftlichen Erscheinungsbild der BRD seit ihrer Existenz. Es gab nie den ernsthaften Versuch mit der verhängnisvollen deutschen Vergangenheit radikal zu brechen und wahrhaft demokratische, antifaschistische Verhältnisse in einem friedlichen Nachkriegsdeutschland herzustellen.

Hochrangige Nazis und Kriegsverbrecher erlebten in der BRD nicht nur eine Renaissance sondern hatten Hochkonjunktur, wurden gehuldigt und auf die höchsten Positionen des Staates und der Bundeswehr gehievt. So u.a.

– **Karl Georg Kiesinger** bei den Nazis Verbindungsmann zu Goebels und Stellvertreter der rundfunkpolitischen Abteilung. Von 1958-1966 Ministerpräsident in Baden/Württemberg und von 1966-1969 Bundeskanzler;

– **Heinrich Lübke** bei den Nazis Bauleiter beim Generalinspekteur Speer. Verantwortlich für die KZ Bauten und Raketenobjekte Peenemünde und Staßfurt. In der BRD zunächst Bundesminister und bis 1962 Bundespräsident;

– **Hans Globke** Mitautor der „Nürnberger Rassengesetze und des „Kodex des jüdischen Rechts“, wurde in der BRD Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt ;

– **Adolf Heusinger** Chef der Operationsabteilung des Generalstabes im Oberkommando des Heeres und Koordinator für die Partisanenbekämpfung, ab 1957 Generalinspekteur der BW und Vors. des Militärausschusses der NATO;

– **Theodor Oberländer** strammer Naziführer und mitverantwortlich an den Massenmorden der Juden und Misshandlungen sowjet. Kriegsgefangener, in der BRD Minister für Vertriebene und Flüchtlinge;

– **Hans Speidel** Nazigeneral und Chef des Stabes der Heeresgruppe B unter Feldmarschall Rommel, in der BW Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Mitteleuropa, sorgte für die Eingliederung der BW in die NATO;

– **Steinhoff**, Oberst der Luftwaffe, Kommandore des Jagdfliegergeschwader 77, in der BRD Inspekteur der Luftwaffe und Vors. des NATO Militärausschusses.

Nicht nur sie wurden verehrt, auch viele weitere Nazi- Generale, die mitschuldig waren am millionenfachen Mord, unsagbaren Zerstörungen, Plünderungen und Raub ganzer Völker.

So soll Rüge als Verteidigungsminister eine Geheimstudie nicht öffentlich gemacht haben, um so die Tilgung von Kasernennamen zu verhindern. So u.a. den Namen des Kriegsverbrechers Generaloberst Dietl, des Generalfeldmarschall von Mackensen, Generaloberst Freiherr von Fritsch oder die Namen von Mölders, Rommel, Lent, Konrad, Röttiger u.a.

Es gab und gibt auch heute noch eine gewisse Kontinuität bei der Wahrung der NS Kriegspopaganda und des Heldenkults der NS Wehrmacht, besonders in der Bundeswehr.

Der Traditionserlass von 1982 sah vor, dass das „Dritte Reich“ keine Traditionen der Bundeswehr begründen kann und darf. Alle Verneinungen und Absagen an das Traditionsverständnis der faschistischen Wehrmacht erwiesen sich als Luftblasen. Man war weder gewillt, noch in der Lage sich von der unrühmlichen Vergangenheit zu trennen. Man kann heute schon ermessen, was aus der Ankündigung der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen wird, „die Bundeswehr auf breiter Front von problematischen Kasernennamen zu befreien.“ Sie will eine gewisse Distanz zur Wehrmacht schaffen, leider fehlt bisher eine eindeutige Verneinung und Absage an die Wehrmacht. Sie will auch jene, die in der Bundeswehr Karriere machten, obwohl sie Hitler bis zum letzten Atemzug treu dienten, nicht verprellen, also Heusinger und Steinhoff dürfen weiter als Vorbild dienen.

Es ist schon mehr als bedenklich und symptomatisch, wenn Eppelmann als eine seiner wichtigsten Amtshandlungen am 2. Oktober 1990 alle 299 Traditionsnamen von Kasernen und Einheiten der NVA liquidierte und mit einem Federstrich tilgte. Es ist auch heute noch nicht zu spät, wenn er sich einmal die Mühe machen würde die gegensätzliche Traditionen und das Traditionsverständnis im gesellschaftlichen Umfeld der zwei deutschen Armeen der NVA der DDR und der Bundeswehr der BRD zu analysieren.

Die Traditionspflege der NVA unterschied sich in ihrem Ziel, den Vorbildern und auch in den Formen grundlegend von der Traditionspflege anderer deutscher Armeen der Vergangenheit.

Ihre Prägung erhielt sie vom Charakter des Staates DDR und ihrer Armee als einem Instrument zur Verhinderung und Vermeidung von Kriegen und zum Schutz der friedlichen Arbeit der Bürger dieses Staates.

Die Traditionspflege begründete, rechtfertigte oder motivierte weder Eroberungsziele und menschenverachtenden, verbrecherischen Völkermord wie im Faschismus, geostrategische und ökonomische Interessen, wie die Sicherung und den Zugang zu Rohstoffquellen und Einflussphären, wie gegenwärtig leider auch durch die BRD. Die DDR verteidigte ihren Staat weder am Hindukusch, noch irgendwo anders außerhalb seiner Grenzen. Sie hat nie geholfen anderen Völkern ihren Willen aufzuzwingen oder an militärischen Kampfeinsätzen gegen andere Staaten teilgenommen.

Die Wurzeln des sich daraus ergebenden Traditionsverständnisses liegen vielmehr in den revolutionären und progressiven, also für die jeweilige Zeit fortschrittlichen Entwicklungen und Ereignissen der deutschen und Weltgeschichte und damit verbundener historischer Vorbilder, so im Bauernkrieg 1525, über die Befreiungskriege 1812/14 und die preußischen Militärreformer, die bewaffneten Kämpfe in der Zeit von der bürgerlichen Revolution, die organisierte Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, die Novemberrevolution 1918/19 und die revolutionäre Nachkriegskrise, den antifaschistischen Widerstand 1933-1945, die internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg 1936-1939, aber vor allem in den unzweifelhaften sozialen Errungenschaften der DDR und auf diesem Hintergrund wahrgenommenen Leistungen und Verdiensten ihrer Repräsentanten.

Der Klassencharakter eines solchen Traditionsverständnisses wurde nie gelehrt und verschleiert, im Gegenteil, die NVA hat sich stets prononciert dazu bekannt und damit auch von so genannten zeitlosen soldatischen Tugenden, die als unpolitisch verklärt wurden, abgegrenzt.

Der Kern war die revolutionäre Arbeiterbewegung.

Insgesamt wurden mehr als 300 Traditionsnamen an Einheiten, Truppenteile, Lehreinrich-

»Für den Frieden der Welt«

»Alternative Einheitsfeier 2017«

Protestveranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.

Die Veranstaltung findet am Dienstag, dem **3. Oktober 2017 von 10.00 bis 12.00 Uhr**
in der **UCI-Kinowelt**, Landsberger Allee 52, 10249 Berlin-Friedrichshain statt.

Einlass ab 9.00 Uhr

tungen, Kasernen, Schiffe und Boote der NVA und Grenztruppen verliehen, die diesem Traditionsverständnis entsprachen.

Wir als Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und Grenztruppen der DDR und auch ISOR bewahren diese Traditionen als Erbe unserer Streitkräfte und binden sie in die Strategien und Taktik unseres Handelns ein.

Auf der Grundlage unserer Traditionen entstand auch der Aufruf und die Friedenspublikation „Soldaten für den Frieden – Frieden war und ist unser Lebensinhalt“.

Diese Dokumente widerspiegeln anschaulich wie ernst wir es auch mit der Traditionspflege meinen, uns dazu bekennen und danach handeln. Das ist Traditionspflege im Interesse des Friedens und der Völkerverständigung.

Inzwischen wird das nicht nur in unserem Land anerkannt. Auch Peking, Havanna und Moskau haben davon Kenntnis erhalten und unsere Aktivitäten begrüßt.

Manfred Volland

*

Vom Rentenverein zum Kampfbund für soziale Gerechtigkeit und Frieden!

Als Mitglied von ISOR seit der Gründung ist es mir ein Bedürfnis, meine Hochachtung für den jahrelangen unermüdlichen Kampf um das Rentenrecht unserer Mitglieder sowie die unbeugsame politische Führung durch den Vorstand auszusprechen.

Mit großem Interesse lese ich das monatliche Mitteilungsblatt, wobei in all den Jahren die Entwicklung von ISOR zu einem wahren Kampfkollektiv für die sozialen Rechte der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe sichtbar wird. Und besonders im August-Blatt wird deutlich, dass ISOR auch das Unrecht gegenüber ehemaligen DDR-Bürgern anprangert und sich im Kampf um den Frieden engagiert. Als sehr wichtig empfinde ich es, dass sich unser Vorstand nach Ablehnung der berechtigten Rentenansprüche an den Europäischen Gerichtshof wendet und den Kampf verstärkt auf die politische Ebene verlegt. Ganz demokratisch wurde durch eine Mitgliederbefragung die Zustimmung zur Fortsetzung des Kampfes eingeholt und wir Mitglieder sollen wenn notwendig durch Spenden unseren Beitrag dazu leisten.

Sehr überzeugend wird durch Dr. H. Günther nachgewiesen, dass noch 25 Jahre nach der Herstellung der Einheit Deutschlands das Recht vielfach gegen uns missbraucht wird, so dass wohl der heutigen „BRD“ das Prädikat „Unrechtsstaat“ zukommt. Gegenwärtig sind nicht „kleine Schritte“ zu Erlangung einer Regierungsbeteiligung erforderlich, sondern ein konsequenter Kampf zur Erhaltung des Friedens sowie zur Mobilisierung der Millionen sozial ausgegrenzter und armer Menschen in

ganz Deutschland - unter spürbarer Führung der Partei „DIE LINKE“. Nur so ist eine grundsätzliche Veränderung der Regierungspolitik im Interesse der werktätigen Menschen zu erzwingen. Wie die Beantwortung der Wahlprüfsteine zeigt, ist die Partei „DIE LINKE“ die einzige Partei, die unsere Interessen vertritt. Sie sollte daher durch alle Interessengemeinschaften unseres Verbandes unterstützt werden, wie es unsere Freunde in Quedlinburg anschaulich demonstrieren.

Rudi Höll, Berlin-Lichtenberg

*

Ehrenmitgliedschaften verliehen

Auf Beschluss des Vorstandes wurden zu Ehrenmitgliedern der ISOR e.V. ernannt:

Anneliese Silm, TIG Waren/Röbel, die als langjährige Hauptkassiererin ihrer TIG ihre Aufgaben mit großen Engagement jederzeit zuverlässig und gewissenhaft erfüllt und damit als Vorbild Maßstäbe gesetzt hat.

Heinz Fischbeck, TIG Salzwedel, der als Gründungsmitglied und aktives Vorstandsmitglied seiner TIG sich im besonderen Maße um die Öffentlichkeitsarbeit verdient gemacht hat. Die Auszeichnung erfolgt beim traditionellen Altmarktreffen, dessen erfolgreiche Organisation über viele Jahre eng mit seinem Wirken verbunden ist.

*

Wer sonst, wenn nicht wir selbst?

„Selbst ist der Mann!“ So lautet ein weises Sprichwort und der Titel einer Monatszeitschrift für „Heimwerker“. Beides zielt darauf ab: Wer seine akuten Interessen und Bedürfnisse möglichst genau und zügig verwirklicht haben möchte, greift am besten selbst zum geeigneten Werkzeug. Und das vor allem dann, wenn er keine Hilfe von „Leuten vom Fach“ erwarten kann.

Der Sozialverband ISOR ist nach der höchstgerichtlichen Nicht-Entscheidung vom November 2016, die rechtswidrige und politisch diskriminierende Rentenbestrafung von ehemaligen Angehörigen der DDR-Staatssicherheit als verfassungswidrig zu erklären, nun veranlasst, sich dieses Sprichwort zum Handlungsprinzip zu machen und sich selbst zu helfen.

Die ISOR-Vertreterversammlung hat deshalb im Juni dieses Jahres mit großer Mehrheit und Entschiedenheit beschlossen: „Wir lassen nicht zu, dass unser Haus einstürzt oder bis auf die Grundmauern abbrennt. Wir handeln selbst als Feuerwehr und Rettungskräfte“. Deshalb ließen sich die gewählten ISOR-Vertreter nicht von der Arroganz und Ignoranz dreier Richter in roter Robe beeinflussen, geschweige einschüchtern und erhoben ihre Stimme für eine Fortführung des Kampfes um soziale Gerech-

tigkeit. Sie kündigten in ihrer fast einstimmig angenommenen Entschliebung der herrschenden Politik und dem gesetzgebenden Bundestag an, dass ISOR als großer Sozialverband auf dem Ex-Territorium der DDR nicht klein gegeben wird. Die vom höchsten Gericht der BRD auf die Politik und den Gesetzgeber abgeschobene Verantwortung zur Beseitigung des weiterhin existierenden Strafrechtensystems in Gestalt des § 7 des AAGÜ muss ISOR nun veranlassen, „den Feuerwehrschauch unter vollem Druck“ auf die Bundesregierung, die im Bundestag vertretenen Parteien und den Bundesrat zu richten.

Und die ISOR-Vertreter wollten auch den juristischen Weg nicht verlassen, bevor die noch begehbare Strecke bis nach Strasbourg nicht absolviert ist. Darum haben sie, gemeinsam mit ISOR verbundenen Europarechts-Experten, inzwischen kräftig an das Tor des Europäischen Gerichtshofes geklopft und dort ihre Forderungen nach Schutz des Eigentums der in der BRD diesbezüglich Beraubten, nach Beseitigung ihrer Diskriminierung und nach einem fairen Gerichtsverfahren in der BRD angeschlagen.

Gewiss werden diese „ISOR-Thesen“ am Gerichtshof in Strasbourg nicht das historische Gewicht der „Luther-Thesen“ von vor 500 Jahren am Tor der Schlosskirche zu Wittenberg und erst recht nicht das des Aufrufes Lenins vom Juni 1917 zur Oktoberrevolution in Petersburg vor 100 Jahren erreichen. Aber sie werden in diversen europäischen Medien zumindest darauf hinweisen, dass es mit der viel gepriesenen Rechtsstaatlichkeit der BRD „nicht weit her“ ist. Vielleicht ertönt auch ein gedämpftes Signal, weil dort die im europäischen Recht festgeschriebenen normalsten Menschenrechte verletzt wurden.

Freilich sind nicht alle „ISOR-Hochhausbewohner“ mehr in der Lage, sich als „freiwilliger Renten-Feuerwehrmann“ oder „Rentenrechts-Retter“ an der Selbsthilfe zu beteiligen. Doch die Kraft derer, die sich laut Befragung der „ISOR-Hausbewohner“ für die Selbsthilfe entschieden haben, ist stark genug, um dieses verständliche Unvermögen auszugleichen.

Für jene jedoch, die noch könnten, aber nicht mehr wollten, „wird ihr Domizil möglicherweise nicht mehr zu retten sein“. Sie meinten wohl in ihrer enttäuschten Stimmung, es sei schon zu viel vernichtet, als dass noch etwas zu retten sei. Überblickt man die Zeit, in der der „Brand schon schwelt“, könnte man ihrer Auffassung folgen. Doch selbst Asche ist vielfältig nützlich verwertbar. Auch, wenn die Überreste nur „verkohlt Papier“ waren, wird daraus noch so manches ablesbar, was für den „Wiederaufbau nach dem Brand“ von Bedeutung ist.

Den noch vielen tausend tapferen „Brandbekämpfern“ sei gewünscht, dass sie mit ihrem auf die Politik in der BRD gerichteten „Feuer-

wehrschauch“ und mit ihren „Thesen am europäischen Gerichtshof“ im Interesse aller ISOR-Optimisten und -Pessimisten, Erfolg haben mögen.

Manfred Wild

*

Ich habe den Bericht über die siebente ordentliche Vertreterversammlung gründlich gelesen und freue mich darüber, dass nach 26 Jahren die gewachsenen Erfolge von ISOR nicht aufgegeben werden. Auch die Sympathisanten der Initiativgemeinschaft sind über den Erhalt von ISOR für eine Weiterführung des Kampfes für Gerechtigkeit und Frieden, der ja das Hauptanliegen von ISOR bedeutet, erfreut, das zeigt besonders **ISOR aktuell** 8/17. Das kleine aber durchaus immer interessante Mitteilungsblatt gratuliert mit Recht jenen Geburtstagskindern, die oft über die Hälfte ihres Lebens für den Frieden die Garantie gaben. Die letzte Seite ist auch notwendig, denn hier erfahren wir, wer den Kampf um ein gerechtes friedliches Land nicht mehr fortsetzen kann. Auch möchte ich erwähnen: Buchvorstellungen sollte man unbedingt fortsetzen. Solche Bücher, wie zum Beispiel „Der Überzeugungstäter“, „Die Sicherheit I und II“, „Heiße Schlachten im kalten Krieg“ oder „Rote Spiegel“ sind doch Bestseller, welche ich kaum aus den Händen gebe. All dies sind Wahrheiten und Tatsachen, also lesenswert für alle Mitstreiter. Ich glaube mit 85 Jahren kann man sich noch ein gesundes Urteil erlauben. Meine fünfjährige Dienstzeit bei dem Wachbataillon Halle und beim Wachregiment Berlin, später bei der Volkspolizei bis zum Renteneintritt, machten mich zum Kämpfer für Frieden und Sozialismus, es waren harte Jahre, aber sie waren notwendig.

Martin Händler, Dessau

*

Der langjährige TIG-Vorsitzende der TIG Güstrow wandte sich mit folgendem Offenen Brief an die Mitglieder

Liebe(r) ...

sei nicht überrascht, von mir diesen Brief zu bekommen. Ich wende mich als langjähriger Vorsitzender auch im Namen unseres TIG-Vorstandes an Dich und möchte Dir im Ergebnis der durchgeführten Vereinsbefragung für Deinen Entschluss, weiterhin Mitglied der ISOR zu sein, meinen herzlichen Dank aussprechen.

Du hast mit Deiner Entscheidung dazu beigetragen, dass wir als Güstrower TIG im Gesamtverband der ISOR mit 100 Prozent unseres Mitgliederbestandes für das Fortbestehen als größter Sozialverein Ostdeutschlands am Kampf um politische, soziale und juristische Gerechtigkeit weiterhin teilhaben. Nach wie vor sind wir als ehemalige. Angehörige der bewaffneten Organe der DDR der rechtlichen Diskriminierung und der willkürlichen Enteignung von Eigentumsansprüchen an unserer Rente auf der

Grundlage der Gesetzgebung des RÜG und des AAÜG betroffen.

Der zentrale ISOR-Vorstand beschloss, gegen den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 7. November 2016 über die Ablehnung von Verfassungsbeschwerden zum § 7 des AAÜG Einspruch zu erheben. Dabei erhalten wir Unterstützung von der Fraktion „Die Linke“ im Bundestag, vom Vorsitzenden der Europäischen Linken im Europaparlament und von den uns bisher begleitenden Rechtsanwälten. Damit wird der Forderung in der Entschliebung der Vertreterversammlung vom 15. Juni dieses Jahres, an der ich als Delegierter unserer TIG teilnahm, mit aller politischer und juristischer Konsequenz unseren Kampf weiterzuführen, Rechnung getragen.

Unbestritten haben wir mit unserem Kampf für Rentengerechtigkeit mehr zu gewinnen als bisher erreicht. WIR SITZEN ALLE IN EINEM BOOT. Viele linke Vereine und Verbände stützen uns solidarisch. Bei allen Widersprüchlichkeiten im parteiinternen Machtgefüge und mit ihren Querelen war und ist „Die Linke“ die einzige Partei, die ISOR parlamentarisch mit Anträgen im Bundestag für die Beseitigung der Straffrente einsetzt unterstützt. Deshalb halte ich es für angemessen zu empfehlen, am 24. September, dem Tag der parlamentarischen Bundeswahl ihre Aktivitäten mit unserer Stimme zu honorieren. WIR MÜSSEN MEHR DIE GESELLSCHAFTLICHE BREITE ERREICHEN.

So hatte ich, ausgelöst durch meine Initiative, am 29. März die Möglichkeit, den Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering zu sprechen. Auf meinen Wunsch nahm auch unser Vorsitzender der ISOR e. V. Horst Parton daran teil. Dankend versicherte der Ministerpräsident, sich für unsere Interessen einzusetzen. Seitdem ist bereits Bewegung im Gange. Kürzlich erhielt ich die Information: „Die Landesregierung strebt eine Befassung durch das Landessozialgericht an, damit strittige Fragen einer landeseinheitlichen Klärung zugeführt werden können.“ In nächster Zeit wird durch das Landessozialgericht zu anhängigen Klagen über die Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen (u. a. Verpflegungsgeld) als Arbeitsentgelt der Anspruchsberechtigten ein Grundsatzurteil für MV zu erwarten sein.

Somit war die Initiative für unsere Gerechtigkeit ein richtiger Schritt! Ich werde auch nunmehr mit über 80 Jahren keine Mühen scheuen, mich verantwortungsbewusst als Vorsitzender unserer TIG für Gerechtigkeit einzusetzen und schätze sehr, dass Du mit Deiner erklärten Bereitschaft dabei bist.

Vielen Dank für Deine bisherige Mitarbeit und ich wünsche Dir Gesundheit, Wohlergehen. Ich verbleibe in Verbundenheit

Mit herzlichen Grüßen

Walter Krüger

*

Veranstaltungen

Der Ernst-Busch-Chor Berlin e.V. lädt herzlich ein zum Konzert:

1917 „Und das war im Oktober“ 2017

Gäste: Oktoberkoret Kopenhagen

Wann/ wo: 14. 10. 2017, 15 Uhr, Russisches Haus der Wissenschaft und Kultur, Friedrichstr. 176-179, 10117 Berlin, Eintritt 12 Euro.

Kartenbestellung und -verkauf:

Frau Schönborn, 030/9712317 oder

E-Mail ebc@gmx.de

BuSGM

grh

ISOR

Einladung zur „Linken Gesprächsrunde“

am Donnerstag, dem 5. Oktober 2017,

18 Uhr, im Seminarraum 1, 1. Stock

Franz-Mehring-Platz 1

Thema: Quo vadis DIE LINKE

Als Opposition oder Krankenpflegerin am Bett des Kapitalismus / Mit Ellen Brombacher, Sprecherin der Kommunistischen Plattform (KPF)

Donnerstag, 21. 09. 2017 - 16.00 Uhr

Das Weißbuch der Bundeswehr 2016 und dessen strategische Bedeutung

Auf dieser gemeinsamen Veranstaltung von GRH, RotFuchs, ISOR und OKV spricht Admiral a. D. Theodor Hoffmann.

Veranstaltungsort: Kulturstätte „RatzFatz“, Schnellerstraße 81, 12439 Berlin

Lesenswert

„Angetreten – Die Berliner VP-Bereitschaften in Basdorf“ (ISBN 978-3-947094-02-0).

Vorwort von Karl-Heinz Schmalfuß.

Über die in Basdorf 28 Jahre lang bestandenen VP-Bereitschaften (VPB) ist bisher wenig veröffentlicht worden. Im Jahr 1962 wurden die VPB in der DDR gegründet und könnten in diesem Jahr ihren 55. Jahrestag feiern. Sie wurden jedoch nach dem Beitritt der DDR zur BRD im Jahr 1990 aufgelöst. Weder der Polizeipräsident in Berlin, noch der Innenminister des Landes Brandenburg wollten sie nach dem Ende der DDR übernehmen.

Es ist daher zu begrüßen, dass sich sieben ehemalige Offiziere aus Basdorf entschlossen haben, ein historisches Sachbuch über ihre Einheiten zu schreiben, um anlässlich dieses Jubiläums an die beachtenswerten Leistungen der DDR-Bereitschaftspolizisten zu erinnern. Dabei ist vieles in dem Buch allgemeingültig für alle ehemaligen Bezirke der DDR. Das Buch erscheint Ende September im Verlag am Park unter dem obigem Titel. Die Autoren sind für Lesungen in ISOR-Gruppen bereit. Sie können über den Verlag (E-Mail: verlag@edition-ost.berlin) oder den Herausgeber (E-Mail: hans-juergen-graefe@gmx.de) für eine Buchlesung angefordert werden.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 30.08.2017

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.09.2017

Einstellung im Internet: 06.10.2017

Auslieferung: 12.10.2017

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15